Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser hat den Regierungs-Präsidenten v. Waldow in Königsberg zum Ober-Präsidenten der Provinz Posen ernannt.

* Der Kaiser hat einen Neudruck der Gewehr-Schießvorschrift für die Fußartillerie genehmigt, wodurch die bisherige gleiche Vorschrift ungültig geworden ist. In der neuen Vorschrift gelangt die Wichtigkeit des Schießens mit dem Gewehr für die Fußartillerie zum vollen Ausdruck, da diese Waffe sich selbst zu schützen hat und einer besonderen Bedeutung durch Infanterie nicht bedarf.

* In München ereigt es Aufsehen, daß der Prinz-Regent Luitpold sich bei der Feier des 40. hundertjährigen Geburtsjubiläum durch den Prinzen Ludwig vertreten ließ. Gerüchte, daß der Prinz-Regent regierungsmüde sei, tauchen immer wieder auf. Man spricht von einem Rücktritt am 12. März, dem Geburtstag, und erwägt bereits eine Verfassungsänderung, um dann den Prinzen Ludwig zum König zu proklamieren. (?)

* In der Donnerstags-Sitzung des Bundesrates wurde dem Ausschuss-Antrage betr. die Erweiterung des Freihafengebietes in Hamburg die Zustimmung erteilt.

* Gegen die Aufhebung der Reichstagswahl auf die erste Juniwoche führt die Adln. Ztg. einen Umstand ins Feld, der bisher noch nicht hervorgehoben wurde, nämlich die Abhaltung ... des großen Sängerfestes in Frankfurt a. M., für das auch das kaiserliche Paar seine Anwesenheit zugesagt hat. An diesem Sängerfest werden aus allen Gauen unseres Vaterlandes Tausende und Abertausende von Wählern teilnehmen, die durchweg dem Mittelstand und den staatsverbundenen Parteien angehören. Sie alle würden bei den Wahlen fehlen, und dadurch wäre gerade der Sozialdemokratie der größte Dienst geleistet.

* Die deutsche Einfuhr war im Januar mit 3 203 699 Tonnen um 236 743 Tonnen, die Ausfuhr mit 3 149 758 Tonnen um 675 500 Tonnen größer als im Januar 1902.

* Die Feldpost nach Westindien ist, da die dortigen Wirren beendet sind, jetzt wieder aufgehoben worden. Wie das Reichspostamt bekannt macht, können Postsendungen an und von Personen der Besatzung der deutschen Kriegsschiffe in den westindischen Gewässern nicht mehr als Gegenstände der Feldpost befördert werden, sondern es gelten für den Postverkehr mit diesen Schiffsbesatzungen von jetzt ab wieder die im Verkehr mit den deutschen Kriegsschiffen im Auslande allgemein bestehenden Postvorschriften.

* In Berlin ist am Mittwoch nach der Schablone des Bundes der Landwirte ein „Bund der Kaufleute“, der in derselben Weise die Interessen des Kaufmannstandes, wie der erlgenannte die der Landwirtschaft vertreten will. (Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.)

* In der Begründung der dem preuß. Abgeordnetenhaus zugegangenen Eisenbahnvorlage wird darauf hingewiesen, daß für die Provinzen Posen und Westpreußen besonders hohe Mittel zum schnellen Ausbau notwendiger Bahnen vorgezogen sind, um die deutsche Anstellung nach Möglichkeit zu fördern. Hiervon dürfe eine wirksame Unterstützung und Kräftigung des Deutsch-tums in diesen Provinzen mit Recht erwartet werden. — Auf die östlichen Landesteile überhaupt entfallen von den 15 geplanten Nebenbahnen 11, für die 35,3 Millionen von insgesamt 52,8 aufgewendet werden sollen.

* In Neu-Breisach wurde, wie die „Frl. Ztg.“ meldet, ein im Fortifikationsbureau angestellter Zeichner, namens Müller, unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet. Das französische Kriegsministerium war in den Besitz von Photographen der Forts bei Geiswasser gelangt, wovon die deutsche Regierung Kunde erhalten hatte. Man stellte Nachforschungen an, welche schließlich auf einen

kleinen Kreis von Personen führten, welche die Photographie geliefert haben konnten. Aus diesem Kreise wurde alsdann der Zeichner Müller ermittelt und verhaftet.

Frankreich.

* Der Fehlbetrag des französischen Budgets für 1901 beläuft sich auf 125 Millionen, diejenigen für 1902 auf 129 Millionen; das diesjährige weist bereits 29 Millionen Defizit auf. Zur Deckung desselben scheint eine Anleihe unvermeidlich zu sein.

Holland.

* Die auf Ausstände von Eisenbahnanstellungen bezüglichen drei Gesetzentwürfe, welche der Ministerpräsident Dr. Kuyper in der Zweiten Kammer einbrachte, liegen jetzt gedruckt vor. Es wird u. a. bestimmt, daß Staatsbeamte und alle in einem öffentlichen Dienstzweige oder im öffentlichen Eisenbahndienste beschäftigte Personen, die sich weigern, Arbeiten, welche sie unternehmen haben oder zu denen sie durch ihren Dienst selbst verpflichtet sind, auszuführen, mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werden können; die Strafe kann, wenn Zusammenrottung von zwei oder mehr Personen vorliegt, für die Schuldigen und die Führer des Aufstandes bis auf 4 Jahr Gefängnis erhöht werden. Die jetzige Eisenbahn-Kompanie des Heeres soll so organisiert und verstärkt werden, daß sie den Dienst auf einigen Strecken, wenn auch nur in beschränktem Maße, ausführen kann.

* Von einer Einmischung Deutschlands in die niederländische Ausstandsfrage fallen nach wie vor holländische Blätter. So unheimlich derartige Nachrichten sind, verdienen sie doch als Zeichen des unüberwindlichen Misstrauens und der unfreundlichen Stimmung beachtet zu werden, von dem die Niederländer nach wie vor gegen das Deutsche Reich befeelt sind. So schreibt jetzt der holländische „Telegraaf“: In wohlunterrichteten Kreisen, und darunter sind zunächst zu verstehen Kreise, die ein feines Gefühl haben für die Ereignisse hinter den Kulissen und für Strömungen in den obersten Schichten, ist wohl hinreichend bekannt, daß doch etwas vorliegt mit Deutschland; daß die deutsche Regierung durch den Mund ihres Gesandten in Haag unsere Regierung ernstlich an ihre Verpflichtung gemahnt hat, namentlich auch dafür zu sorgen, daß der internationale Verkehr fortan unbehindert und gesichert bleibt und ebenso der Postverkehr.

Balkanstaaten.

* Aber das macedonische Reformprojekt lautet in Sofia das allgemeine Urteil abfällig. Die Macedonier erklären auch viel weitergehende Reformen für unannehmbar, wenn ihre Durchführung von den Mächten nicht garantiert werde. Die amtlichen Kreise schweigen, da keine offizielle Mitteilung des Projekts an Bulgarien erfolgt ist. Am schärfsten äußert sich bisher gegen die Reformen das Organ Karavelow's „Preporok“. Das Blatt „Westherna Postka“ nennt das Projekt einen „internationalen Jynismus“ und predigt Krieg und Aufruhr. Dennoch ist zweifellos auch ein Teil der Macedonier gewillt, die Durchführung der vorge-schlagenen Reformen abzuwarten, bevor sie das Projekt ganz verwerfen.

* Der Belgrader Appellationsgerichtshof bestätigte das Urteil gegen den Rechnungsrat Ura Alawantisch. Dieser war wegen Teilnahme an dem Butschversuche, den sein Bruder Mado Alawantisch im vorigen Jahre in Schabaz unternommen hatte, zu fünf Jahr Kerker verurteilt worden.

* In Griechenland soll durch einen am Dienstag der Kammer vorgelegten Gesetzentwurf das Oberkommando, das bisher der Kronprinz inne hatte, abgeheftet und ersetzt werden durch Einrichtung eines einzigen Armeekorps, das den Kronprinzen zum Chef haben soll. Blätter in Athen behaupten, daß diese Maßnahme ohne Zustimmung des Königs getroffen sei.

Afrika.

* Chamberlain hat am Mittwoch Südafrika wieder verlassen. Bei der Abreise in Kapstadt wurden ihm enthusiastische Kundgebungen dargebracht. (Am 25. November

trat Chamberlain in Portsmouth die Fahrt nach Südafrika an, am zweiten Weihnachtstag landete er in Durban.)

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erlebte am Donnerstag zunächst debattelose einige Petitionen. Sodann wurde die Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern beendet bis auf einige in der Budgetkommission stehende Positionen des Extraordinariums. Eine längere Debatte über sozialpolitische Fragen entstand noch beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“. Auf Anregung des Abg. Gröger (fr. Vp.) teilte Staatssekretär Graf Posadowsky mit, der Gedanke, das Sparwesen mit den Invalidenversicherungsanstalten zu verbinden, sei lediglich in einer Zeitung aufgetaucht. Die Regierung hätte auch nicht im entferntesten eine solche Absicht.

Am 27. v. wird ohne Diskussion eine Anzahl Petitionen erledigt. — Darauf folgt die erste Beratung der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz. Die Novelle bestimmt in der Hauptsache, daß das Krankengeld nicht, wie bisher, nur 13, sondern 26 Wochen gezahlt wird. Ferner soll jetzt auch den Geschlechtskranken Krankengeld gezahlt werden, und außerdem erhöht die Wöchnerinnen-Unterstützung eine Ausdehnung von 4 auf 6 Wochen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Bei der Verabschiedung des Invaliden-Gesetzes forderte der Reichstag einstimmig in einer Resolution, daß die Zahlung des Krankengeldes auf 26 Wochen verlängert würde. Diesem Wunsche tragen wir jetzt Rechnung. Der vorliegende Entwurf enthält so große Vorteile, daß seine Erledigung dringend erwünscht ist. Der bisherige Zustand, daß nur 13 Wochen Krankengeld gezahlt wird, während die Invaliden-pension erst nach 26 Wochen gezahlt wird, kann im Interesse der Arbeiter nicht aufrecht erhalten werden. Die Differenz von 13 Wochen kann den Arbeiter in die größte Not bringen. Am besten wäre es wohl, wenn man das Krankenzins- und das Invaliden- und das Unfallversicherungs-Gesetz in einem großen Arbeiter-Vürjorge-Gesetz vereinigte. Doch ist jetzt noch nicht die Zeit dazu. Der Reichstag wird sich einen schönen Ruhm erwerben, wenn es ihm gelingt, die mit der Novelle geplante Verbesserung noch durchzusetzen.

Abg. Gamp (freis.) wundert sich darüber, daß die Regierung erst jetzt mit dem Entwurf gekommen sei. Wenn der Bundesrat drei Jahre zu diesem Gesetz brauchte, könne man dem Reichstag doch nicht zumuten, daß er das Gesetz in vierundzwanzig Stunden erledige. Die Ärzte-Frage sei auch längst spruchreif und müsse bald erledigt werden, wie würden jetzt die Ärzte von den sozialdemokratischen Krankenkassen behandelt! Gegenüber dem niedrigen Ärzte-Honorar könne man geradezu von einem Notstand der Ärzte und von Hungerlöhnen reden. Auf dem Lande brauche man keine obligatorische Krankenversicherung, denn die trügen die Landwirte im Herzen. (Lachen bei den Sozialdemokraten). Durch solch ein törichtes Lachen schaffe man die Tatsachen nicht aus der Welt. (Präsident Graf Ballestrem: In diesem hohen Hause laßt man nie töricht.) Abg. Gamp (fortf.) führt aus, daß die ländlichen Arbeiter auf Jahreskontrakt angefaßt seien und daß auch ohne Kontraktzwang für sie georgt würde. Er beantrage, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Spahn (Zr.) dankt der Regierung für die Einbringung des Gesetzentwurfes und hofft, daß wenigstens die 26 wöchentliche Krankengeldzahlung Gesetz werden möge. Die Aufnahme der Geschlechtskranken in das Gesetz könne er nicht billigen. Wer sich durch geschlechtliche Ausschweifungen eine Geschlechtskrankheit zuzugewogen habe, könne auch die Kosten dafür tragen.

Abg. Mollenhuth (soz.) führt aus, die Vorlage gehe seinen Freunden nicht weit genug. Weßhalb schließe man immer noch die ländlichen Arbeiter von der Krankenversicherung aus? Grundfaktisch müsse die Krankenversicherung auf alle Arbeiter ausgedehnt werden, welche der Invalidenversicherung unterworfen seien. Was die Ärztefrage anbelange, so sei die Behauptung ganz unzutreffend, daß die Ärzte gerade durch die Krankenversicherung proletariert worden seien. Bei Erhöhung des Ärzte-honorars würden die Krankenkassen jedenfalls das Krankengeld für die erkrankten Arbeiter herabsetzen müssen. Ganz überflüssig und zwecklos sei das Fortbestehen der Gemeindeversicherung, sowie der Jünungs- und der Betriebs- (Fabriks-) Krankenkassen. Keinesfalls dürfe, dem Verlangen Spahn's entsprechend, auch künftig die Fürsorge für die Geschlechtskranken unterbleiben, denn gerade dadurch treibe man diese Kranken den Knorpelchen in die Arme.

Abg. v. Ende mann (nat.-lib.) betont, daß man bei der immer steigenden Zahl der Geschlechtskranken diese in das Gesetz miteinbeziehen müsse,

um diese Krankheiten nicht in die Familie zu verschleppen. Sehr bedauerlich ist es, daß man die Ärzte bei Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes nicht gehört hat. Die Regelung des Verhältnisses der Krankenkassen zu den Ärzten fehlt. Daher ist die Novelle überaus lückenhaft. Redner beantragt ebenfalls Überweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. v. Richtigofen (konf.) protestiert gegen die Unterstellung des Vorwärts, als wollten die Konservativen das Zustandekommen dieses Gesetzes verschleppen. Seine Freunde wünschten vielmehr das Zustandekommen des Gesetzes. Sie seien auch mit allen drei Hauptpunkten der Vorlage einverstanden, auch mit der Krankengeldgewährung an Geschlechtskranken. Die tatsächlichen Verhältnisse machten das nun einmal notwendig, so sehr man das auch bedauern möge.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) wünscht gleichfalls das Zustandekommen des Gesetzes noch in dieser Session. Mit den Hauptbestimmungen der Vorlage erklärt sich Redner einverstanden. Einer Kommissionsberatung bedürfe es eigentlich kaum, falls nicht irgend wer die Absicht habe, durch Einbringung weiterer freier Fragen das Gesetz für diese Session zu verhindern. Da die Vorlage einmal angeregt sei, so wolle er auch erklären, daß die freie Arztwahl das Wichtigste sei.

Abg. Hoffmeister (fr. Vp.) erklärt sich mit den Hauptpunkten der Novelle einverstanden. Die freie Arztwahl würde der Ruin der meisten Krankenkassen sein.

Abg. Rüdiger-Deffau (fr. Vp.) spricht der Regierung seinen Dank aus dafür, daß sie in diesem Falle, um mit dem früheren Staatssekretär v. Bötticher zu reden, „die Korinthen aus dem Platz“ herausgeholt habe. Er empfehle die Krankenversicherung auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter auszudehnen.

Abg. Raab (Antif.) brückt seine Freude aus über die drei wesentlichen Reformen, welche die Vorlage bringe, und wünscht, daß wenigstens noch die Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung einbezogen werden müßten.

Staatssekretär Graf Posadowsky betont noch, die Lage der ländlichen Arbeiter sei zu verschieden von der der anderen, sodas deren Krankenversicherung seinerzeit nur durch besonderes Gesetz erfolgen könne. Wollte man das Gesetz, so solle man jetzt alle weitergehenden Wünsche zurückstellen.

Abg. Arndt (freis.) erklärt noch, um irigen Schläffen aus den Gemüden Auslastungen vorzubringen, auch seiner Partei liege die Verabschiedung dieses Gesetzes am Herzen.

Hierauf geht die Vorlage an eine Kommission.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus erlebte am Donnerstag von Eisenbahnetat das Kapitel „Besoldungen“. Die Redner aller Parteien brachten Wünsche nach Gehaltsverbesserung und Rangeshöhung der Eisenbahnbeamten aller Kategorien zum Ausdruck. Minister Budde sagte wohlwollende Prüfung und möglichste Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche zu und wies auf die sehr erhebliche Vermehrung der Beamtenstellen sowie auf die erhöhten Zuschüsse für die Wohlfahrts-Einrichtungen seiner Verwaltung hin. Nach allem, was in dieser Richtung geheißen und in Aussicht genommen sei, könne der Eisenbahnverwaltung nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie es an Wohlwollen für ihre Beamten und Arbeiter fehlen lasse.

Am Freitag erlebte das Abgeordnetenhaus zunächst die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. In der darauf fortgesetzten Beratung des Eisenbahnetats wurden von den Rednern aller Parteien zahlreiche lokale Wünsche, insbesondere betr. Bahnhofsneubauten bzw. -umbauten, geäußert. Der Etat wurde erledigt. Am Schluß der Beratung erklärte der Minister ebenso wie am Donnerstag bei der Erörterung der Beamtenbesoldungen, daß alle vorgetragenen Wünsche geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden würden.

Von Nah und fern.

Deutschland voran! Bei Gelegenheit eines internationalen Stellbogens beim englischen Konful in Malaga wurde nach der Scheibe geschossen. Amerika, Deutschland, England, Frankreich und Spanien waren vertreten. Zum Schluß schlug ein Amerikaner vor, es solle der beste Schütze jedes Volkes für seinen Staat je sechs Schüsse abgeben. Bei diesem Wettstehen ging Deutschland als glänzender Sieger hervor: der junge Spalbing (Invalider Garde-Schütze) schoß 70 Ringe, es folgte England, vertreten durch den 1. Offizier der Fregatte „Calliope“, mit 48 Ringen und nach Frankreich und Spanien blieb Amerika mit 18 Ringen letzter.

Truggold.

437 Roman von Anna Seyffert-Ringer.

„Sie sehen mich untröstlich“, sagte schluchzend die Baronin. „Mein Mann fühlte sich heute morgen so wohl, daß er eine halbe Stunde mit mir im Garten spazieren ging; als ich ihn dann verließ, befand er sich unter der Obhut eines treu erprobten Dieners.“

„Ich hatte eine erregte Unterredung mit dem Herrn Baron“, bemerkte Marius ruhig, „ich hatte keine Ahnung, daß er lebend war.“

„Auf welche Weise stellte sich die Ohnmacht ein?“ fragte der Arzt, Marius schärf fixierend.

Er erwiderte den Blick mit aller Gelassenheit. „Der Herr Baron sprach erregt, da quoll plötzlich ein Blutstrom aus seinem Wunde und er brach bewußtlos zusammen.“

„Wenn Sie eine Differenz mit dem Herrn Baron gehabt haben, so darf er jetzt weder Ihre Stimme hören, noch dürfen Sie sich ihm zeigen, es könnte in diesem Falle der Tod un-mittelbar eintreten.“

„Was mich hierher führt, kann ich auch mit der Frau Baronin erledigen“, bemerkte Marius, seine Stimme unwillkürlich hämpfend, „der Herr Baron braucht mich gar nicht wieder zu Gesicht zu bekommen.“

„Um so besser.“ Der Arzt traf seine Anordnungen und empfahl sich dann.

„Sie wünschen mich zu sprechen, Herr Marius“, sagte die Baronin nervös, „vielleicht haben Sie die Freundschaft, sich in wenigen

Stunden wieder her zu bemühen. Ich bin jetzt fast außer Stande.“

„Ich bedaure sehr, in diesem Falle unhöflich erscheinen zu müssen, meine Angelegenheit er-duldet keinen Aufschieb, auch bitte ich den Herrn Doktor an der Unterredung teilzunehmen.“

„Meine Verwandte kommen jedoch von der Reise“, sagte Vsa unmutig, „wir trafen auf der Straße zusammen.“

„Unsererwegen beunruhige dich nicht, Kind“, nahm jetzt Dr. Siemann das Wort, „wir haben starke Nerven. Und ich muß dem Herrn unbedingt zustimmen; was ihn auch hierher führen mag, es ist am besten, wenn es seine Erledigung umgehend findet.“

Marius verbeugte sich mit unverhülltem Hohn. „Warte, du Großmogul“, dachte er, „du sollst schon klein werden.“

„Dieser unheimliche Mensch!“ dachte die Baronin; sie zitterte und bebte vor Aufregung. „Gewiß handelt es sich wieder um die alte, unselige Manuskript-Angelegenheit. Vielleicht bietet er uns die Handschrift für Geld an und dem Baron war der Preis zu hoch — ich gehe auf jedes Angebot ein.“ Das war beschlossene Sache bei ihr.

Freilich steigerte sich ihre Spannung inzwischen bis zur Unerträglichkeit. „Ich bitte, mir in ein anderes Zimmer zu folgen“, sagte sie, der Notwendigkeit sich fägend. Doch kaum fand sie die Kraft, die wenigen Schritte zurück-zulegen, die Empörung gegen den Eindringling und das Mitleid mit ihrem schwer leidenden Gatten lähmten sie förmlich.

Die Baronin wählte ein Zimmer, wo man

das Neigen und leise Stöhnen des Schwerkranken nicht hören konnte.

„Es ist eine geschäftliche Angelegenheit, die Sie zu uns führt, Herr Marius?“ fragte sie dann, nachdem alle Platz genommen. Auch Käthe war geblieben, ohne den erkaunten Blick ihrer Schwägerin zu beachten.

„Ohne Umstände also“, begann Marius, „in meinem Besitz befindet sich, wie Ihnen bekannt sein dürfte, die Handschrift des verstorbenen Professor Götte.“

Käthes ungefühes Lachen unterbrach den Sprechenden. Er sah betroffen auf. Käthes Schelmenaugen blitzten ihn in unverhülltem Uebermut an. „Haben Sie auch genau nachgesehen oben in dem Bücherregal der kleinen, dunklen Bude, Herr Marius? Jedenfalls wäre es schade, wenn Sie nur dieser Handschrift wegen die weite Reise nach Rom unternommen haben sollten.“

Die Baronin sah von einem zum andern. Auch ihr Bruder lächelte so eigen malitios.

Marius war achselig geworden. Aus großen, entsetzten Augen starrte er die Doktorin an.

„Also Sie — Sie waren es —“ Das mochte gegen seinen Willen über seine Lippen kommen, er hätte die wenigen Worte gern zurückgezungen, doch es war zu spät.

„Jawohl, ich habe den alten Schmücker be-seitigt, mein Herr, in Ihrem eigenen Kamin ist er in Flammen aufgegangen, reifen Sie nur heim, vielleicht findet sich noch der Aschenrest vor, wahrscheinlich aber ist er bereits nach allen Winrichtungen hin verfliegen.“

„Es ist nicht wahr — darf nicht wahr

sein!“ Klang es wie ein Neigen aus todbunder Bruch.

Doch die Baronin war schon auf ihre Schwägerin zugeeilt, um sie weinend und lachend zugleich zu lieblosen. „Also das hast du gethan! Für deinen Mann, für mich! Käthe, Käthe, für diese Heldenthat werde ich dir nie genug danken können.“

Der Doktor hatte sich erhoben. „Vermutlich wollten Sie eine Erpressung auf meinen Schwager ausüben und konnten nicht handels-einig werden.“ Er trat dicht zu ihm heran: „Wenn der Baron stirbt, so haben Sie seinen Tod auf dem Gewissen.“ Er hatte so leise gesprochen, daß die Damen, die ohnehin lebhaft plauderten, ihn nicht verstehen konnten.

Marius erhob sich taumelnd. Mit erloschenem Blick sah er vor sich hin; als er erkannte, daß ihn überhaupt niemand mehr be-achtete, wandte er hinaus.

„Verspielt — alles verloren —“ das kam in mehrfacher Wiederholung von seinen Lippen, immer dieselben Worte, dumpf mit einer schredlichen Betonung.

Er stand wieder auf der Straße, jetzt selbst wie ein Schwerkranker. Er wandte vorwärts. In's Hotel, wo Winkler ihn vielleicht bereits erwartete, um sein Kapital zu fordern? Wo zu jeder Stunde Depeschen für ihn eintreffen konnten immer deselben Inhalts, daß man Geld brauche?

Geld! Aus der Erde konnte er es auch nicht stampfen. Zugeflogen war ihm ja das schimmernde, allmächtige Gold in riesigen Mengen, doch wie gewonnen, so zerronnen — es war